

WP-07-173

Antragsteller*innen: LAG Wirtschaft

Gegenstand: WP-07 GRÜNE Haushaltspolitik (Beratung und Beschlussfassung des Programms für die Landtagswahl 2017)

ÄNDERUNGSANTRAG WP-07-173

- 1 Das Steueraufkommen hat sich in der letzten Zeit konjunkturbedingt erfreulicherweise po-
2 sitiv entwickelt. Aber auch die Reformen zu Erbschaftssteuer und Länderfinanzausgleich
3 werden zu einer deutlichen Verbesserung der Einnahmesituation beitragen. Trotzdem kann
4 nicht ausgeschlossen werden, dass die benötigten Mittel für eine nachhaltige Haushalts-
5 gestaltung unter der Prämisse der Schuldenbremse nicht ausreichen. Höhere Steuern auf
6 Vermögen, Erbschaften und Kapitalerträgen können also unter bestimmten Umständen
7 kein Tabu sein. In Frage käme z.B. eine verfassungskonforme Wiedereinführung der Vermö-
8 genssteuer. Zudem muss damit gerechnet werden, dass die Neuregelung zur Erbschafts-
9 steuer vom Verfassungsgericht erneut beanstandet wird. Eine Novellierung könnte auch
10 hier zu einem höheren Steueraufkommen führen.
- 11 Höhere Einnahmen sollten dann gezielt genutzt werden, um sowohl kleinere und mittlere
12 Einkommen dauerhaft zu entlasten als auch bestehende Investitionsbedarfe zu decken
13 sowie Innovationen zu finanzieren.

Begründung

Begründung: Auf Grund positiver Prognosen bei den Steuereinnahmen einerseits und feh-
lender Kapazitäten bei den Ländern hinsichtlich der Verausgabung der vom Bund zur Ver-
fügung gestellter Mittel andererseits, erscheint es geboten, sich bei den Forderungen an
den Bund etwas zurückzuhalten. Zudem erscheint es glaubwürdiger einzugestehen, dass
es Unsicherheiten bei der langfristigen Prognose von Einnahmeentwicklungen gibt, als so
zu tun, als wüsste man genau, wo es langgeht.

Antragsteller*innen

LAG Wirtschaft